

Einmal berichtete Marcel Reich-Ranicki dem Deutschen Bundestag davon, wie er seine Ermordung vorbereiten sollte. Es war der 28. Januar 2012, der internationale Holocaust-Gedenktag, und Reich-Ranicki sprach vom Warschauer Ghetto, das er gemeinsam mit seiner Frau Teofila überlebt hatte. Er erzählte vom „Judenrat“, in dem er arbeiten müssen. Diese „Räte“ waren eine besonders perverse Erfindung der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik. Sie zwangen die Opfer, bei ihrer eigenen Auslöschung auch noch mitzuhelfen. Ob in Warschau, Amsterdam, Saloniki: Die „Judenräte“ mussten erst das Sterben in den Ghettos organisieren und am Ende die Deportationslisten zusammenstellen, nach denen die Überlebenden in die Vernichtungslager deportiert wurden. Reich-Ranicki schildert in seiner Rede vor dem Bundestag einen Tag im Sommer 1942, an dem ein SS-Führer mit seinen Männern in das Ghetto gekommen sei, um Adam Czerniaków, den Vorsitzenden des „Judenrates“, den sofortigen Beginn der Deportation von Warschauer Juden anzukündigen. Reich-Ranicki als Sekretär musste mitschreiben: „Am heutigen Tag beginnt die Umsiedlung der Juden aus Warschau. Es ist euch ja bekannt, dass es hier zu viele Juden gibt. Euch, den Judenrat“, beauftragte ich mit dieser Aktion“, zitierte er seine Erinnerung an die Worte des SS-Mannes.

Noch am gleichen Tag, so schilderte der Literaturkritiker den Befehl, habe der „Judenrat“ 6000 Ghettobewohner zur Deportation aufzutreiben, danach 10.000, dann 7000 täglich. Czerniaków entging der von ihm geforderten Komplizenschaft durch Selbstmord. „Ich bin machtlos, mir bricht das Herz vor Trauer und Mitleid, länger kann ich das nicht ertragen“, schrieb er zum Abschied. Im Bundestag zollte Reich-Ranicki der tragischen Figur Respekt: „Nicht imstande, gegen die Deutschen zu kämpfen, weigerte er sich, ihr Werkzeug zu sein.“

Eine dunkle Geschichte aus dunklen Zeiten. Und doch ereignet sich heute wieder dasselbe, mitten in Europa. Zumindest dann, wenn man Emir Suljagić beim Wort nimmt, den Direktor der Gedenkstätte für den Völkermord von Srebrenica in Bosnien-Herzegowina. Die damalige „UN-Schutzzone“ Srebrenica war im Juli 1995 Ausgangspunkt des größten Massakers der jugoslawischen Zerfallskriege. Serbische Truppen unter Befehl des Kriegsverbrechers Ratko Mladić hatten die Enklave überrannt. In den Folgetagen wurden mehr als 7000, nach anderen Angaben sogar mehr als 8000 männliche Gefangene, ausnahmslos bosnische Muslime, von den Serben erschossen und in Massengräbern verscharrt. Ein weitläufiger Friedhof bei Srebrenica zeugt von der Tragödie. Suljagić, einer der wenigen männlichen Überlebenden des Massakers, hat ein exzellentes Buch zu seinem Leben und Überleben geschrieben. Als Direktor der Gedenkstätte ist er äußerst fleißig. Er organisiert Veranstaltungen, Debatten, Ausstellungen. Knüpft Kontakte, reist im Ausland umher, um auf den Völkermord von Srebrenica aufmerksam machen.

Und er ist auf erschütternde Art geschichtsvergessen. Oder einfach nur grenzenlos sarkastisch. Denn Suljagić rückt zwar den Völkermord an den Bosniaken unermüdlich in das Gedächtnis der Öffentlichkeit, doch einen anderen, den Holocaust, verharmlost er dabei. Er zieht ihn ins Lächerliche oder instrumentalisiert ihn durch absurde tagespolitische Vergleiche. Die Schoa als rhetorische Handelsware für den Alltagsgebrauch.

Das hatte zuletzt auch mit einem Deutschen zu tun, dessen Geschichte hier kurz erzählt werden muss: Der CSU-Politiker Christian Schmidt, einst Minister für Landwirtschaft im Kabinett Angela Merkmals, ist seit 2021 „Hoher Repräsentant der Staatengemeinschaft“ in Bosnien-Herzegowina. Das ist ein sonderbarer, ein fast anrüchlicher, auf jeden Fall ein demokratisch nicht legitimer Posten, der in Europa einmalig ist. Der Hohe Repräsentant kann, auf dem Papier zumindest, jeden gewählten Politiker in Bosnien entlassen, kann Gesetze erlassen oder aufheben und das Land per Dekret regieren, wenn er die seit 1995 geltende Nachkriegsordnung des Vielvölkerstaates für bedroht hält. Im vergangenen Jahr hatte Schmidt seine Vollmachten eingesetzt, um Änderungen im Wahlrecht zu dekretieren. Manche fanden die Dekrete gut, da sie Bosniens Wahlsystem gerechter gemacht hätten. Andere kritisierten, das Gegenteil sei der Fall. Einige fanden es empörend, dass ein nicht gewählter Ausländer in einem demokratischen Land per Federstrich die Gesetzgebung ändern kann. Eines aber waren die Änderungen Schmidts bei aller Kritikwürdigkeit gewiss nicht: Ein Ausweis nationalsozialistischer Gewaltpolitik oder eines modernen Holocausts auf bosnischem Boden.

Diesen Eindruck kann aber gewinnen, wer die Reaktionen des Direktors der Gedenkstätte für den Völkermord von Srebrenica auf Schmidts Interventionen



Eine Überlebende des Massakers von Srebrenica vor den Gräbern ihrer Verwandten auf dem Gedenkfriedhof in Potocari, einem Dorf im Osten Bosnien-Herzegowinas.

Foto Getty

„Hey, wie läuft es mit dem Generalplan Ost?“

Der Leiter der Gedenkstätte für den Genozid von Srebrenica macht ständig Nazivergleiche. Wer ihn kritisiert, wird beschimpft.

Von Michael Martens

zu diffamieren. Schmidt nannte er einen „Gauler“ und insinuierte am 21. Oktober 2022, dessen Amt betrachte Bosniaken als „Untermenschen“. Gegner mit kroatischen Wurzeln verunglimpft er als „Ustascha“ – so nannten sich die Faschisten in Kroatien, die als regionale Juniorpartner Hitlers bis 1945 ein mörderisches Terrorregime am Balkan führten. Einen Journalisten der Deutschen Welle wiederum, der gewagt hatte, auf die entgleiste Rhetorik des Gedenkstellenleiters aufmerksam zu machen, bezeichnete Suljagić daraufhin als „faschistische Ustascha-Nisse im deutschen Bundeshaushalt.“ Nissen sind die Eier von Linsen. Menschen als Ungeziefer, als Insekten – woher kennt man diese Rhetorik?

Den SPD-Abgeordneten Josip Juratovic, der sich seit Jahrzehnten für Versöhnung auf dem Balkan einsetzt und von kroatischen Nationalisten dafür als Verräter verunglimpft wurde, diffamierte Suljagić als verkappten Faschisten – freilich nur auf Bosnisch. Im Ausland tritt er anders auf. Als Suljagić voriges Jahr von Bundestagsvizepräsidentin Aydan Özoğuz (SPD) empfangen wurde, ließ er sich mit sorgenvoller Miene am Holocaust-Mahmal fotografieren. Seiner Sprache lässt er die gleiche Sorge nicht angegeden. Das irritiert einige seiner Kooperationspartner, wenn sie darauf aufmerksam gemacht werden. Zum Beispiel im hessischen Bad Arolsen, wo die weltweit größte Sammlung von Dokumenten zur NS-Vernichtungspolitik lagert. Die „Arolsen Archives“ arbeiten mit der Gedenkstätte Srebrenica zusammen. In Bad Arolsen versichert man glaubwürdig, erst

durch die F.A.S. von den rhetorischen Eskapaden des bosnischen Kooperationspartners erfahren zu haben. Auf Nachfrage teilt die Pressesprecherin Anke Münster mit: „Tweets von Direktor Emir Suljagić, die den Holocaust relativieren oder moralisch-normative Vergleiche durch die Verwendung von NS-Vokabular darstellen, bewerten wir als nicht akzeptabel. Wir distanzieren uns entschieden von solchen Aussagen, die klar im Widerspruch zum Auftrag und zu den Werten der Arolsen Archives stehen.“ Mit seinen Aussagen isoliere Suljagić sich von einem Konsens in der Erinnerungskultur und sabotiere die Bemühungen zur Vernetzung der von ihm geleiteten Gedenkstätte.

Lothar Skriebeleit, Leiter der KZ-Gedenkstätte Flossenbürg in Bayern, nennt Suljagićs Ausfälle „völlig inakzeptabel.“ Auch er versichert glaubwürdig, erst durch die F.A.S. davon erfahren zu haben – und hebt hervor, dass es noch keine Kooperation zwischen Flossenbürg und Srebrenica gebe: „Hierbei handelt es sich um eine vermutlich in guter Absicht im politischen Raum entstandene Idee, von der ich nur über spärliche Andeutungen erfahren habe.“ Ob daraus je mehr werden wird, ist nicht sicher. Suljagićs Rhetorik lehnt der Kulturwissenschaftler und Historiker jedenfalls entschieden ab: „Die Tweets operieren nicht mit historischen Vergleichen, sie benutzen vielmehr nationalsozialistische Verbrechenchiffren, um gegenwärtige politische Konflikte pseudo-moralisch zu unterfüttern.“ Skriebeleit nennt das „schlicht amoralisch“. Professionelle Erinnerungsarbeit sollte sich durch strikte Ferne gegenüber der Alltagspolitik auszeichnen, sagt Skriebeleit. Suljagić indes diskreditiere die an sich hervorragende und wichtige Arbeit seiner Gedenkstätte, stelle sich mit seinen Aussagen „außerhalb eines internationalen fachlichen Konsenses“.

Josip Juratovic, geboren in Kroatien, einst am Fließband bei Audi, inzwischen seit Jahren für den Wahlkreis Heilbronn im Bundestag, verhehlt am Telefon nicht: Suljagićs Behauptung, er sei ein verkappter Faschist, hat ihn geärgert. Dass ihn aus der SPD niemand in Schutz nahm, hat ihn enttäuscht. Juratovic empfindet Suljagićs Rhetorik nicht nur als Verharmlosung von NS-Vokabular, sondern als „gezielte Diffamierung“. Gemäßigte wie er, die nach Versöhnung streben, seien es gewohnt, von Radikalen aller Seiten gebrandmarkt zu werden, mal als Faschisten, mal als Kommunisten, wie es gerade passt. Juratovic Rat: Nicht in nationalen Kategorien denken. „Es gibt nicht die ‚Bosniaken‘, die ‚Serben‘ oder die ‚Kroaten‘, sondern es muss unterschieden werden zwischen Nationalisten und Demokraten – und zwar auf allen Seiten.“

Florian Bieber, Leiter des Zentrums für Südosteuropastudien in Graz, dem Suljagić sogar schon physische Gewalt angedroht hat, nimmt seinen ehemaligen Studenten anfangs in Schutz: Man dürfe nicht vergessen, dass Suljagić ein Genozid-überlebender sei und in einem Land lebe, in dem der Völkermord auch heute noch oft gelehrt wird. Tatsächlich regiert Milorad Dodik, Präsident der bosnischen Serbenrepublik, den Völkermord von Srebrenica regelmäßig und lässt serbische Kriegsverbrecher als Helden feiern. Nur entschuldige das Suljagićs Entgleisungen nicht, ergänzt der Professor: „Suljagić verwendet immer wieder bewusst Begriffe aus dem Nationalsozialismus, um Gegner zu diskreditieren. Das relativiert nationalsozialistische Verbrechen.“ Eine Kooperation ausländischer Gedenkstätten mit Srebrenica bleibe wichtig und wünschenswert – doch sollte man Suljagić dabei „keinen Raum geben, durch diese Kontakte seine eigene Legitimität zu steigern und damit seinen Angriffen und Übergriffen mehr Rückhalt zu geben“, rät Bieber. Denn statt seiner Vorbildfunktion gerecht zu werden, trage Suljagić leider zur Verrohung des öffentlichen Diskurses bei. „Gerade der Leiter einer Gedenkstätte hat aber die Verantwortung, mit Worten sorgfältig umzugehen.“

Leute, die Suljagić lange kennen, zweifeln allerdings daran, dass er sich ändern wird. Auch Suljagić selbst nährt diese Zweifel. Um eine Stellungnahme zu den Einwänden gegen seine Rhetorik gebeten, antwortet er der F.A.S. am Mittwoch mit einer erbosten E-Mail, nachdem er zuvor mit einer Klage vor Gericht gedroht hatte. Tenor des kruden Schreibens: Wie können sich weiße, christliche Europäer überhaupt erdreisten, ihn, den bosnischen Muslim, zu beurteilen? Wie können sie es wagen, seine Lebenserfahrung zu bewerten? Hautfarbe und Herkunft schlagen Argumente – man kennt das.

Was folgt nun daraus? Neue Nazivergleiche gegen den Hohen Repräsentanten hat Suljagić immerhin seit einigen Monaten nicht mehr gemacht. Ob sein Schweigen damit in Verbindung steht, dass Schmidt im Februar seine Vollmachten nutzte, um der Gedenkstätte per Gesetzesänderung durch eine Umwidmung von Mitteln den Zugriff auf drei Millionen Euro zu erlauben, ist nicht klar.

IMPRESSUM

Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung
Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH

Politik: Dr. Richard Wagner (verantwortlich); Wibke Becker, Justus Bender, Morten Freidel, Oliver Georgi, Livia Gerster; Büro Berlin: Jochem Buchsteiner, Konrad Schuller.

Leben: Bertram Eisenhauer (verantwortlich); Katrin Hummel, Julia Schaaf, Anke Schipp, Eva Schäfer, Dr. Lucia Schmidt, Jörg Thomann, Jennifer Wiebking.

Wirtschaft, Wert & Wohnen: Dr. Patrick Bernau und Maja Brankovic (verantwortlich); Birgit Ochs (verantwortlich für Wohnen), in Berlin für Wirtschaftspolitik: Ralph Bollmann (stellv.); Sebastian Balzter, Sarah Huemer, Dennis Kremer, Anna Sophie Kühne, Anna-Lena Niemann, Dyrk Scherff, Florian Siebeck, Anne-Christin Sievers, Marcus Theurer, Dr. Alexander Wulter.

Feuilleton: Dr. Julia Encke (verantwortlich); Novina Göhlisdorf, Peter Kürte, Karen Krüger, Anna Prizkau, Tobias Rühler (Literatur), Mark Siemons, Harald Stau (Medien).

Reise: Barbara Liepert (verantwortlich); Andreas Lestl.

Sport: Anno Hecker (verantwortlich), Michael Wittershagen (zuständig).

Technik & Motor: Holger Appel (verantwortlich); Dr. Michael Spehr, Walter Wille.

Beruf & Chance: Nadine Bös (verantwortlich); Stefanie Diemand, Benjamin Fischer, Dr. Ursula Kals, Uwe Marx.

Wissenschaft: Dr. Sibylle Anderl und Joachim Müller-Jung (verantwortlich); Hinnerk Feldwisch-Drentup, Dr. Pia Heinemann, Johanna Kuroczik, Dr. Manfred Lindinger, Dr. Ulf von Rauchhaupt.

Rhein-Main: Ralf Euler und Katharina Iskandar (verantwortlich); Eva-Maria Magel (Kultur).

Bildredaktion: Henner Flohr (verantwortlich), Thorsten Gerke (zuständig).

Chef vom Dienst: Peter Beck.

Grafische Gestaltung/Informationsgrafik: Holger Windthurf (Art Director); **Grafische Gestaltung:** Nina Hewelt (stellv.); Susanne Pfeiffer, Nina Simon; **Informationsgrafik:** Andre Piron (verantwortlich); Felix Brocker, Andreas Niebel, Nicole Gomes Rodrigues, Christine Sieber, Stephen-John Swierczyna, Stefan Walter.

Archiv: Olivera Kipic.

Geschäftsführung: Thomas Lindner (Vorsitzender); Dr. Volker Bredt.

Digitale Produktion und Vertrieb: Stefan Buhr, Nico Willer.

Anzeigen: Ingo Müller (verantwortlich) und Jürgen Mauker, REPUBLIC Marketing & Media Solutions GmbH, Mittelstraße 2-4, 10117 Berlin, www.republic.de. Für Rhein-Main-Ausgabe: Achim Pflüger, RheinMainMedia GmbH, Waldstraße 226, 63071 Offenbach, Telefon (0 69) 75 01-33 36, Telefax (0 69) 75 01-33 37, E-Mail: service@rmm.de. Anzeigenpreise laut RMM-Preisliste Nr. 28, gültig vom 1. Januar 2023 an.

Hersteller: Andreas Gierth.

Monatsbezugspreis: Inland: Abonnement Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung 27,90 € (inkl. F-29,90 €); einschließlich Frankfurter Allgemeine Zeitung 82,90 €; Abonnenten der gedruckten F.A.S. lesen für einen Aufpreis von 3,00 € zusätzlich die digitalen Ausgaben der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung. Darin enthalten ist außerdem der vollständige Zugang zur Website FAZ.NET (F+). Mehr Informationen zu allen Angeboten und Preisen (z. B. für junge Leser, Geschäftskunden, Digital- und Auslandsabonnements) im Internet unter abo.faz.net. Ihre Daten werden zum Zweck der Zeitungszustellung an Zustellpartner und an die Medienservice GmbH & Co. KG, Pariser Straße 1, 60486 Frankfurt am Main, übermittelt. Gerichtsstand ist Frankfurt am Main.

Druck: Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG, Kuhbühlstraße 4-6, 64546 Mörfelden-Walldorf; Märkische Verlags- und Druck-Gesellschaft mbH Potsdam, Friedrich-Engels-Straße 24, 14479 Potsdam; Süddeutscher Verlag Zeitungsdruck GmbH, Zandorfer Straße 40, 81677 München.

Für die Herstellung der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung wird ausschließlich Papier mit einem hohen Recyclinganteil verwendet. An allen Druckereistandorten in Deutschland lässt die FAZ, mit Ökostrom produzieren.

Eine Verwertung der urheberrechtlich geschützten Zeitung oder der in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen, besonders durch Vervielfältigung und Verbreitung, ist ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar, soweit sich aus dem Urheberrecht nicht anderes ergibt. Besonders ist eine Einspeicherung oder Verbreitung von Zeitungsinhalten in Datenbanksystemen, zum Beispiel als elektronischer Pressespiegel oder Archiv, ohne Zustimmung des Verlages unzulässig.

Sofern Sie Artikel dieser Zeitung nachdrucken, in Ihr Internet-Angebot oder Ihr Intranet übernehmen oder per E-Mail versenden wollen, können Sie die erforderlichen Rechte bei der FAZ GmbH online erwerben unter www.faz-rechte.de. Auskunfts erhalten Sie unter nutzungsrechte@faz.de oder telefonisch unter (0 69) 75 91-29 01. Für die Übernahme von Artikeln in Ihren internen elektronischen Pressespiegel erhalten Sie die erforderlichen Rechte unter www.presse-monitor.de oder unter Telefon (0 30) 28 49 30, PMG Presse-Monitor GmbH.

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH behält sich eine Nutzung ihrer Inhalte für kommerzielle Text- und Data-Mining im Sinne von § 44b UrhG ausdrücklich vor. Für den Erwerb einer entsprechenden Nutzungslizenz wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@faz.de.

© Copyright Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main, ISSN 1611-3993 (Ausgabe D)

Anschrift der Redaktion und des Verlags: Postanschrift: 60267 Frankfurt am Main, Hausanschrift: Pariser Straße 1, 60486 Frankfurt am Main; zugleich als ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

Telefon (0 69) 75 91-0; Anzeigenservice: (0 69) 75 91-33 44, Prospektwerbung: (0 69) 75 91-12 24, Kundenservice: (0 69) 75 91-10 00 oder www.faz.net/meinabo

Telefax: Redaktion: (0 69) 75 91-1743, Kundenservice: (0 69) 75 91-21 80

Büro Berlin: Mittelstraße 2-4, 10117 Berlin, Telefon (0 30) 2 06 18-0.

E-Mail: Redaktion: sonntagszeitung@faz.de

Abo-Bestellung: www.faz.net/abo